Calwer Tagblatt

Nr. 143. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile Mk. 2.50 Reklamen Mk. 7.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Freitag, den 23. Juni 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 60.— vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 60.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichsrat nahm gestern ohne Erörterung den Rapallovertrag mit Rußland an.

*

Im Reichstag wurde gestern die große Aussprache über die auswärtige Politik fortgesetzt.

*

Der Reichstag überwies heute vor Eintritt in die Tagesordnung einen Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen auf Einleitung einer allgemeinen Finanzreform nach bestimmten Leitsätzen einer Kommission.

*

Eine Verständigung mit dem Garantiekomitee über die rückständigen Kohlenlieferungen ist nur unter Auferlegung erneuter schwerer Opfer in der Kohlenversorgung der deutschen Industrie möglich gewesen. Formell ist noch nichts festgelegt.

*

Feldmarschall Sir Henry Wilson wurde gestern nachmittag auf seinem Landsitz bei London von 2 Männern erschossen. Die beiden Männer wurden verhaftet.

*

Die französische Kammer lehnte das Amendement André Lefevres, das die vorläufige Beibehaltung der 2jährigen Dienstzeit vorsieht, mit 251 gegen 9 Stimmen ab, nachdem der Kriegsminister dagegen gesprochen hatte.

Rheinland- und Saar-Fragen im Reichstag.

Große Aussprache und Erklärungen des Reichsministers Rathenau.

Berlin, 21. Juni. Bei der zweiten Beratung des Gesetzes über das Wiesbadener und das Bemelman'sche Sachlieferungs-Abkommen im Reichstag, mit denen zusammen eine Reihe von Interpellationen verschiedener Parteien wegen der Bestrebungen zur Neutralisierung der Rheinlande, über die Pariser Reparationsverhandlungen und wegen der Forderung zur Zerstörung von Eisenbahnanlagen im besetzten Gebiet und wegen der Zustände im Saargebiet beraten wurde, kritisierte der deutsch-nationale Abgeordnete Reichert die Rathenau'sche Erfüllungspolitik, die in der Welt nur den Eindruck hervorgerufen habe, Deutschland könne noch mehr leisten, Abg. Moldenhauer (D. V.P.) wandte sich mit äußerster Schärfe gegen eine verschleierte Annexion der Rheinlande und gegen die Verschleuderung der Reparationsgelder für die unerhört kostspieligen Besatzungstruppen und erklärte, alle Abtrennungspläne werden an der unerschütterlichen Reichstreue der Rheinlande scheitern. Abg. Dr. Levi (U. S. P.) betonte die Notwendigkeit, an der Erfüllungspolitik festzuhalten, doch müsse diese einheitlich betrieben werden. Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) bezeichnete die von der Entente geplante Zerstörung einer Reihe wirtschaftlich wichtiger Eisenbahnbauten im besetzten Gebiet als eine nutzlose Verschleuderung wirtschaftlicher Werte. Abg. Bell (Ztr.) erklärte, daß die Französierungsbestrebungen im Saargebiet dem Versailler Vertrag widersprächen. Staatssekretär Müller vom Wiederaufbauministerium erklärte, die Frage, ob das Wiesbadener Abkommen der Zustimmung des Reichstags bedürfe, sei von der Regierung sorgfältig geprüft und verneint worden. Inzwischen sei auch das Bemelman-Abkommen beschlossen worden. Nachdem die Reichsregierung sich entschlossen habe, zu diesem die Zustimmung des Reichstags einzuholen, sei es ihr zweckmäßig erschienen, auch das Wiesbadener Abkommen dem Reichstag nachträglich zu unterbreiten. Minister des Aeußern Dr. Rathenau erklärte, wenn unter der Neutralisierung der Rheinlande die Schaffung eines neutralen Pufferstaats verstanden werden sollte, so sei dem entgegenzuhalten, daß die Rheinlande auch nach dem Versailler Vertrag ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reichs geblieben seien. Eine solche Forderung könne also nur unter Vertragsbruch verwirklicht werden. **Namens der Reichsregierung erkläre er, daß sie niemals gegen irgendwelche Zugeständnisse — und mögen sie noch so groß sein, — dafür zu haben sei, daß die Rheinlande, die während der Besetzungszeit so oft den unerschütterlichen Willen zum Festhalten am angestammten Vaterland bewiesen hätten, preiszugeben oder in ihrem Bestande schädigen zu lassen.** Zu der Interpellation über die **Eisenbahnzerstörungspläne im besetzten Gebiet** sagte der Minister, die deutsche Regierung wisse, daß der Versailler Vertrag ihr verbiete, im besetzten Gebiet irgendwelche ständigen Vorkehrungen zu unterhalten, die dem Zweck der Mobilmachung zu dienen bestimmt seien. Sie beabsichtige nicht, sich dieser Verpflichtung zu entziehen und sie werde vorhandene Anlagen, soweit sie wirklich militärischer Natur seien, pflichtgemäß zerstören lassen. Daß sie nicht daran denke, neue Anlagen dieser Art zu schaffen oder begonnene fortzuführen, sei angesichts der deutschen Finanzlage und der ganzen politischen Situation eine einfache Selbstverständlichkeit. **Dagegen sei die deutsche Regierung weder nach dem Buchstaben noch nach dem Sinn des Versailler Vertrags verpflichtet, Anlagen, die für die gesunde wirtschaftliche Entwicklung des Rheinlands zweckmäßig oder notwendig seien, nur deshalb zu zerstören oder unausgeführt zu lassen, weil die Botschafterkonferenz glaube, daß sie eine etwaige Mobilmachung erleichtern könnten.** Die deutsche Regierung werde den alliierten Regierungen den Beweis liefern, daß die verlangten Maßnahmen den betreffenden Gebieten schwere wirtschaftliche Nachteile zufügen würden, daß sie die Entwicklung nicht nur des Verkehrs, sondern zahlreicher für Deutschland lebenswichtiger Zweige hindern und so die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands stark beeinträchtigen würden. Von ganz besonderem Einfluß auf die Entschließungen der alliierten Regierungen sollte es sein, daß einzelne beanstandete Anlagen gerade dazu dienen sollen, die schnelle künftige Lieferung der Reparationskohle zu erleichtern. Die Regierung zweifle nicht daran, daß die Aufklärungen, die sie in aller Offenheit geben werde, zu einer Aufgabe der jetzt erhobenen unberechtigten Forderungen führen werde. Bezüglich der Interpellation über die **Verhältnisse im Saargebiet** gab der Minister eine Schilderung der komplizierten Rechtsstellung des von einer deutschen Bevölkerung bewohnten Gebiets, die kein Mitbestimmungsrecht über ihre Geschicke habe und regiert werde im Zeitalter des Absolutismus. Die Einführung der Frankenwährung sei vertragswidrig und schädlich für die Saarindustrie. Eine Vertragsverletzung sei es auch, daß sich noch immer französische Truppen im Saargebiet befänden. Weitere Vertragsverletzungen seien die Schaffung des Begriffs „Saarländer" und die Französierung des Schulwesens. Die wiederholten Beschwerden der Reichsregierung hätten bei der Regierungskommission keine Beachtung gefunden, doch werde die Regierung ihre Bemühungen, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, nicht aufgeben. Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte bezüglich der Interpellation über das Ergebnis der Pariser Reparationsverhandlungen, daß er hoffe, daß die Anleiheverhandlungen bald wieder aufgenommen würden. Von einem Abbau der sozialen Fürsorge, der Erwerbslosenfürsorge oder des Achtstundentages sei in Paris mit keinem Wort gesprochen worden. Die weitere Besprechung der Interpellation wird dann auf morgen nachmittag 2 Uhr vertagt.

Berlin, 22. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung überwies heute der Reichstag einen Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen auf Einleitung einer allgemeinen Finanzreform nach bestimmten Leitsätzen einer Kommission. Danach sollen alle der Körperschaftssteuer unterliegenden Körperschaften ihre Kapitalanteile um ein Drittel erhöhen und dieses dem Reiche abtreten. Auf jedes inländische Grundvermögen soll zu Gunsten des Reichs an erster Stelle eine Grundschuld in Höhe eines Viertels des angegebenen Wertes eingetragen werden. Vom Erbrecht sollen die Verwandten der dritten und der folgenden Stufen ausgeschlossen sein und für den Reichsfiskus ein gesetzliches Erbrecht eingeführt werden. Bei Erbanfällen über 100 000 Goldmark soll das Reich einen Anspruch auf den Ueberschuß erhalten. — Dann wurde die Besprechung der gestern begründeten außenpolitischen Interpellationen fortgesetzt. Abg. Stampfer (Soz.) erklärte, daß seine Partei bemüht sei, im Einvernehmen mit den ausländischen Bruderparteien das schamlos gebeugte Recht am Rhein und an der Saar wieder herzustellen.. Sie billige deshalb die Erklärung der Reichsregierung. Nach einer Polemik gegen die Großagrarier und die Deutschnationalen betonte er, seine Partei begrüße das Wiesbadener Abkommen als einen ersten Schritt zur Lösung des französisch-deutschen Problems. Abg. Gothein (Dem.) erklärte, auch seine Partei halte das Sachlieferungsabkommen keineswegs für ideal, sehe in ihm aber doch einen Fortschritt gegenüber dem Zustand nach dem Londoner Ultimatum. Auch der Spruch der Anleihekommission sei ein Vorteil für uns. Weiter meinte der Redner, ohne Erhöhung der Arbeitszeit im Ruhrrevier werde die Produktion an der Kohlenarmut zu Grunde gehen, womit auch die Anleiheaussichten sehr vermindert würden. An der letzten großen Teuerungswelle sei die unerträgliche Tarifpolitik schuld, weshalb eine gründliche Verwaltungsreform einsetzen müsse. Abg. Eminger (B. V.P.) verlangte, daß bei dem Sachlieferungsabkommen auch die süddeutsche Wirtschaft berücksichtigt werde und fragte weiter, wie lange der Kanzler angesichts der fortschreitenden Markentwertung noch den Versuch der Erfüllung fortzusetzen gedenke. Die Parteien der Erfüllungspolitik würden bald zugeben müssen, daß der Beweis für die Unmöglichkeit der Ententeforderung erbracht sei. Abg. ten Hompel (Ztr.) stimmte dem Sachlieferungsabkommen zu, betonte aber, daß damit das Reparationsproblem noch nicht gelöst sei, was nur durch Mehrarbeit des Volkes möglich sei. Bezüglich der Frage der Volksernährung müsse eine mittlere Linie gesucht werden, die den Interessen der Erzeuger und der Konsumenten gerecht werde. Abg. Dr. Breidtscheidt (U. S. P.) erhob Einspruch gegen die Vergewaltigung am Rhein und an der Saar und verlangte, daß Deutschland gegenüber Deutschösterreich wirtschaftlich alles tue, um dieses heroisch kämpfende Volk zu unterstützen. Dem Sachlieferungsabkommen stimmte er im Interesse einer Verständigung zu u. meinte, daß die Absage für eine internationale Anleihe beinahe wertvoller als eine Zusage sei. Abg. Dauch (D. V.P.) protestierte gegen die Behandlung des Reichstags beim Abschluß des Wiesbadener Abkommens, das ein Vorteil durch die Umwandlung der Goldleistungen in Sachleistungen wäre, wenn letztere unserer Wirtschaftskraft angepaßt würden. — Hierauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Zur Teilung Oberschlesiens.

Annahme des Amnestievertrags zwischen Deutschland und Polen.

Berlin, 22. Juni. **Das Reichskabinett hat gestern den zwischen** dem Gesandten von Eckardt und dem polnischen Vizeminister Seyda abgeschlossenen **Amnestievertrag über Oberschlesien angenommen.** Der Vertrag ist sofort dem Reichstag zugegangen, der ihn in einer der nächsten Sitzungen behandeln wird.

Die zweite Zone geräumt.

Beuthen, 22. Juni. In Leobschütz wurde heute vormittag **auf dem** Hause des Kreiskontrolleurs **die deutsche Flagge gehißt, nachdem die Fahne der Alliierten gesenkt war. Die Besatzungstruppen marschierten darauf aus Leobschütz ab. Morgen wird die Räumungsmaßnahme in der 2. Zone beendigt sein. Das deutsche Reichswehrreiterregiment Nr. 11 zieht um 11 Uhr in Leobschütz ein.** Morgen beginnen dann die Räumungsmaßnahmen in der dritten Zone. In dieser Zone liegen Rosenberg, Teile von Lublinitz, Tarnowitz, Beuthen-Land und Gleiwitz-Land, die sich östlich von der neuen Grenze befinden, also in polnischen Besitz übergehen. Am Sonnabend rückt die deutsche und die polnische Polizei in diese Zone ein. Am 25. Juni ist Flaggenwechsel und Abmarsch der Besatzungstruppen. Am 26. Juni ziehen die deutschen Truppen in Rosenberg ein. Der 25. Juni ist gleichzeitig der erste Tag der Räumungsmaßnahme in der vierten Zone. In dieser Zone liegen Kosel, Pleß, sowie der polnisch werdende Teil von Hindenburg.

Calonder in Kattowitz.

Kattowitz, 22. Juni. Heute vormittag fand hier die feierliche Einführung Calonders, des Präsidenten der Gemischten Kommission, statt.

Der englische Feldmarschall Wilson ermordet.

London, 22. Juni. **Reuter meldet: Feldmarschall Wilson in Kakhi-Uniform kam von der Enthüllung des Kriegerdenkmals beim Bahnhof Liverpool-Street in einer Kraftdroschke zurück, als beim Aussteigen aus der Droschke zwei junge Irländer Revolverschüsse auf ihn abfeuerten. Wilson bückte sich, stieg eiligst die Stufen zur Türe seines Hauses hinauf und versuchte, die Tür mit dem Hausschlüssel zu öffnen, als eine Kugel seinen Kopf traf und ihn tot niederstreckte. Die beiden Täter liefen die Straße hinunter und feuerten ihre Revolver ab, wobei drei Polizisten und ein Zivilist schwer verwundet wurden. Der eine Polizist ist inzwischen im Krankenhaus gestorben. Wilson stand schon seit einiger Zeit unter polizeilichem Schutz, da ein Anschlag auf ihn befürchtet wurde. Polizei befand sich auch vor der Wohnung Wilsons, als der Mord geschah.**

London, 22. Juni. Die Blätter bringen über die Ermordung des Feldmarschalls Wilson, die ungeheures Aufsehen erregt hat, verschiedene Darstellungen. Im Gegensatz zu der Erklärung Chamberlains wird berichtet, daß der Mord vor der Wohnung des Feldmarschalls verübt worden ist. Die beiden verhafteten Täter heißen Connelly und Morien. „Evening News" melden, die beiden Mörder seien als Sinnfeiner bekannt.

London, 22. Juni. Ueber den Ueberfall auf den Feldmarschall Wilson teilte Chamberlain im Unterhause mit, daß zwei bewaffnete Männer in das Londoner Wohnhaus des Generals einbrachen und ihn erschossen. Drei Polizisten wurden ebenfalls erschossen. Beide Täter sind verhaftet. Die Mitteilung rief im Unterhaus große Bestürzung hervor und es beschloß, sich zum Zeichen der Trauer zu vertagen.

Zur auswärtigen Lage.

Von der Haager Konferenz.

Haag, 22. Juni. (Amtlicher Bericht.) Die erste Unterkommission der nichtrussischen Kommission, die sich mit dem Privateigentum beschäftigt, hielt heute ihre erste Sitzung ab. Die Besprechung bezog sich auf allgemeine Fragen und die Arbeitsmethoden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Haag, 22. Juni. Ueber den Tag der Ankunft der russischen Kommission ist noch nichts Näheres bekannt geworden. In Konferenzkreisen wird angenommen, daß Litwinow als Vorsitzender der russischen Kommission fungieren wird.

Die Botschafterkonferenz gegen den Anschluß Oestreichs an Deutschland.

Paris, 23. Juni. (Havas.) Die Botschafterkonferenz stellte gestern den Wortlaut einer Note fest, welche an die deutsche Regierung als Protest gegen die Reden des Reichstagspräsidenten Löbe auf eine Verbindung Oesterreichs mit Deutschland gesandt werden soll.

Poincaré und Lloyd George.

Paris, 22. Juni. Dem „Echo National" wird aus London berichtet, Poincaré habe im Laufe der Unterredung mit Lloyd George aus freien Stücken erklärt, **es sei sein Entschluß, zu keinen Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland zu schreiten, bevor er sich mit Lloyd George unterhalten habe.** Dies habe in London eine Entspannung hervorgerufen.

Die Angst vor den Hohenzollern.

London, 22. Juni. Im Unterhaus fragte Redgewood, ob der Premierminister über Mitteilungen oder Informationen bezüglich eines möglicherweise bevorstehenden reaktionär-monarchistischen Staatsstreichs in Deutschland verfüge und ob er erklären könne, daß die a. und a. Mächte jede Wiedereinsetzung des Hauses Hohenzollern oder des Hauses Wittelsbach als unfreundlichen Akt ansehen würden. Harnsworth erwiderte, daß unbestättigte Gerüchte von Zeit zu Zeit der Regierung zur Kenntnis kämen. Sie verfüge jedoch über keine genauen Informationen.

Opposition der Deutschen im tschechischen Parlament.

Berlin, 23. Juni. Im verkehrstechnischen Ausschuß des Prager Abgeordnetenhauses protestierten sämtliche deutsche Abgeordneten gegen die Regierungsvorlage auf Verstaatlichung der Aussig—Teplitzer Eisenbahn. Die Deutschnationalen erklärten, die ganze Aktion sei aus militärischen Gründen erfolgt und richte sich vor allem gegen Deutschland. Die Regierungsvorlage wurde schließlich nach Ablehnung aller deutschen Abänderungsvorschläge angenommen.

Deutschland.

Vom Reichsrat.

Berlin, 22. Juni. **Der Reichsrat nahm ohne Erörterung den Rapallovertrag mit Rußland an.** Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf über den Beitrag des Reichs zu dem Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken, wonach die Anmelder von Warenzeichen durch eine internationale Registrierung in Bern den internationalen Schutz unmittelbar genießen. Die Postscheckordnung wurde vom Reichsrat dahin abgeändert, daß als Höchstbetrag eine Einzahlung von 100 000 Mark festgesetzt wurde und als Höchstbetrag für telegraphische Aufträge 10 000 M. Mit der Ausprägung von weiteren 30 Millionen Mark in 10-Pfennigstücken erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Zur Ausprägung soll Eisen benutzt werden. Angenommen wurde vom Reichsrat ein Gesetzentwurf über die Ausgabe und die Einlösung von Notgeld. Die Vorlage verpflichtet die Aussteller, das Notgeld gegen Zahlung seines Nennwertes einzulösen. Die Neuausgabe von Notgeld ist verboten. Der Finanzminister ist aber ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen. Angenommen wurde schließlich eine Verordnung, die die Gebühren der Rechtsanwälte abermals erhöht.

Verwahrung gegen die Alleinschuld Deutschlands.

Berlin, 22. Juni. Im preußischen Landtag sprach heute der Ministerpräsident Brauns nachdrücklichst seine Verwahrung gegen die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege aus, die die Grundlage der ungeheuren Reparationsforderungen der Alliierten sei und auf der der Versailler Vertrag beruhe und berief sich dabei besonders auf Lloyd George und das Buch des ehemaligen Ministerpräsidenten Nitti „Das friedlose Europa". Der Versailler Friedensvertrag haben den Boden für die französische Gewaltpolitik in Saargebiet geschaffen. Das Saargebiet habe keine Volksvertretung bekommen und es sei weiter vollkommen der französischen Gewaltpolitik ausgeliefert. Im besetzten Rheingebiet rolle der Franken, um die Bevölkerung zu korrumpieren. Aber die Rheinlande hielten in unentwegter Treue zum Reich. Der Ministerpräsident begrüßte dann die zu Deutschland wieder zurückgekehrten Gebiete Oberschlesiens und gedachte der scheidenden Teile mit warmen Worten.

Die Krise in Sachsen.

Dresden, 23. Juni. Bei der gestrigen Beratung des Finanzetats im Landtag gab die kommunistische Fraktion eine Erklärung ab, in der sie ihre Bereitwilligkeit betont, dem Finanzetat zuzustimmen und die sozialistische Regierung zu unterstützen. Die K. P. D. fordert die beiden sozialistischen Parteien auf, gemeinsam die Auflösung des Landtages vorzunehmen und in geschlossener Front für die Arbeiterforderungen einzutreten. Demnach ist bei der in nächster Zeit bevorstehenden Verabschiedung des Gesamtetats mit dessen Annahme durch die drei Linksparteien zu rechnen.

Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 21. Juni. Im Gegensatz zu den irreführenden Meldungen mancher Zeitungen wird in Uebereinstimmung mit den Spitzenorganisationen, die an den Verhandlungen über die Regelung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter teilnahmen, der amtliche Tatbestand festgestellt. Die Regierung, die selber die Aufbesserung der Gehälter und Löhne in die Hand genommen hatte, hatte die Durchführung der Maßnahmen nicht von einer zustimmenden Erklärung der Organisationen zum Arbeitszeitgesetz — von diesen wurde überhaupt nicht gesprochen — abhängig gemacht. **Es handelte sich lediglich darum, eine Verständigung mit den Organisationen über eine volle Ausnützung des Achtstundentages zu erzielen.** Der Grundsatz des Achtstundentages wird dadurch in keiner Weise berührt. Die Meldungen über eine Aufbesserung der Gehälter um 24 Proz. entsprechen ebenso wenig den Tatsachen, wie die Nachrichten über die Höhe der durch die Aufbesserung der Bezüge bewirkten Gesamtausgaben. Die Verhandlungen, die einen ruhigen Verlauf nahmen, wurden bezüglich der Beamten- und Angestelltengehälter in den späten Abendstunden zu Ende geführt. Vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags und Reichsrats einigte man sich auf eine Erhöhung des verhältnismäßigen Teuerungszuschlages um 40 Proz., die einer Erhöhung der Gesamtbezüge um etwa 20 Prozent entspricht. Die Neuregelung tritt am 1. Juni in Kraft. Bezüglich der Erhöhung der Arbeiterlöhne werden heute die Verhandlungen weiter geführt.

Der Fall Hermes.

Berlin, 20. Juni. Im **Untersuchungsausschuß des Reichstags**, der sich mit den Anschuldigungen gegen den Minister Dr. Hermes befaßt, bekundete bei der Zeugenvernehmung Regierungsrat Dr. Diehl vom Ernährungsministerium, das Wein- und Zuckerreferat habe nur eine bessere örtliche Zuckerverteilung ohne Sonderzuweisung angeregt. Regierungsrat Dr. Jaffe habe aber aus politischen Gründen eine Sonderzuweisung von Zucker für das besetzte Gebiet gewünscht und sei damit durchgedrungen. In dieser Sonderzuweisung habe er (der Zeuge) keine Begünstigung erblickt. Von dem Weinbezug des Ministers sei ihm damals weder amtlich noch privat etwas bekannt geworden. Minister Dr. Hermes erinnerte den Zeugen daran, daß auch Staatssekretär Huber die Sonderzulage empfohlen habe. Das sei für ihn, den Minister, nach den Ausführungen von Dr. Jaffe entscheidend gewesen. Der Zeuge bestätigte das. Ferner erklärte der Minister, nachdem die Winzer und mehrere Abgeordnete vorstellig geworden waren, habe er selbst eingegriffen, um den Geschäftsgang zu beschleunigen. Regierungsrat Dr. Jaffe, als Zeuge vernommen, erzählte von einer Zusammenkunft mit Vertretern des Winzerverbandes und rheinischen Zentrumsabgeordneten, die im Dezember 1920 im Restaurant des Reichstags stattfand, zu der auch Dr. Jaffe hinzugezogen worden war und wobei er sich zunächst gegen eine Sonderbewilligung von Zucker ausgesprochen habe. Die besonders schwierigen Verhältnisse im besetzten Gebiet hätten aber eine nähere Prüfung angezeigt erscheinen lassen. Eine Besprechung im Ministerium sei vereinbart worden und hier sei der Zeuge (Dr. Jaffe) dann mit der Anregung hervorgetreten und durchgedrungen, daß die besetzten Gebiete bevorzugt werden sollten. Außer dem Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer seien dann auch Verbände der Pfälzer und Rheinhessen in gleicher Weise bevorzugt worden. Dann wurde der Generalsekretär des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer, Faust, nach Ausschluß der Oeffentlichkeit vernommen. Aus dieser Vernehmung teilte der Vorsitzende in der öffentlichen Sitzung mit, daß Faust bekundet habe, daß in den Jahren 1919—1921 Weine zu bevorzugten Preisen ähnlich wie dem Minister Dr. Hermes an Minister und Staatssekretäre oder Beamte in ähnlicher Stellung vom Winzerverband nicht geliefert worden seien. — Der Ausschuß vertage sich dann auf den 26. Juni.

Berufung im Prozeß Killinger.

Offenburg, 22. Juni. Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Urteil in dem Prozeß gegen Kapitänleutnant a. D. v. Killinger Berufung eingelegt.

Vom 11. Deutschen Gewerkschaftskongreß.

Leipzig, 21. Juni. Der 11. deutsche Gewerkschaftskongreß nahm heute eine Entschließung an, nach der die **Betriebsräte die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb wahrzunehmen haben,** deren Sicherung und Ausbau den Gewerkschaften obliegt. Ferner heißt es in der Entschließung, daß die Betriebsräte die Tarifabmachungen in den einzelnen Betrieben zu überwachen haben. Die Betriebsräte zählen zu den Organen der Gewerkschaften und können daher nicht als solche die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer zur Durchführung bringen. Dies muß vielmehr durch die Gewerkschaften geschehen.

Berlin, 22. Juni. Wie der Deutsche Beamtenbund erklärt, ist von den Verbänden, die ihm angehörten, nur die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter dem neugegründeten freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund beigetreten, während der Justizbeamtenbund erst auf seinem am 24. und 25. Juni stattfindenden Bundestag endgültig Stellung nehmen wird. Die übrigen dem Bunde beigetretenen Verbände gehören sämtlich nicht dem Deutschen Beamtenbund an.

Laut „Vorwärts" rufen die Landesausschüsse der drei sozialistischen Parteien und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachsen für Freitag zu einer gemeinsamen **Kundgebung gegen die Reaktion** auf dem Augustusplatz in Leipzig auf. Der Gewerkschaftskongreß wird geschlossen zu der Demonstration marschieren.

Leipzig, 22. Juni. Der 11. Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm heute im Anschluß an einen Vortrag des Professors Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. eine Entschließung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses an, in der die dem Reichstag vorgelegten Entwürfe einer Schlichtungsordnung und eines Arbeitsnachweisgesetzes als unvereinbar mit den Einheitsgedanken des künftigen Arbeitsrechtes abgelehnt werden.

Leipzig, 22. Juni. Der Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lehnte heute in namentlicher Abstimmung mit einer Zweidrittel-Mehrheit den Antrag ab, wonach mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verhindert werden müsse, daß die Zwangsschlichtungsordnung gesetzliche Kraft erhalte.

Amtliche Bekanntmachungen.

Viehmärkte.

Das Oberamt Herrenberg hat die am 4. und 6. Juli 1922 in Obersettingen und Unterjesingen fälligen Viehmärkte gestattet.

Die Bedingungen können auf dem Oberamt erfragt werden.

Calw, den 21. Juni 1922.

Oberamt: Vögel, Amtmann.

Vermischtes.

Großfeuer.

Mosbach (Baden), 22. Juni. Ein verheerendes Großfeuer zerstörte gestern Abend das neuerbaute Getreidelagerhaus der Mosbacher Volksbank, in dem neben Getreidevorräten sich hauptsächlich große Vorräte an Kunstdünger befanden. Da dieser Dünger aus Oppau stammt, verbreitete sich bald das Gerücht, daß in Mosbach ein zweites Oppau entstehen könne. Die Feuerwehr ging infolgedessen mit großer Vorsicht zu Werke. Außer einigen landwirtschaftlichen Maschinen konnte nichts gerettet werden. Das Lagerhaus, das heute früh noch brannte, wurde vollständig zerstört. Die Schaden wird auf 6 bis 8 Millionen Mark geschätzt.

Automobilunglück infolge Explosion eines Benzintanks.

Berlin, 22. Juni. Dem „Berliner Lokalanzeiger" wird aus Halle berichtet, daß ein auf einer Streife befindliches Polizeiauto in der Nähe von Kelbra am Kyffhäuser infolge Explosion des Benzintanks verunglückte. 10 Polizeibeamte, darunter ein Offizier, erlitten schwere Brandwunden und wurden in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus zu Sangerhausen gebracht.

Schwere Wolkenbrüche in Serbien.

Belgrad, 19. Juni. In der Umgebung von Kumanovo und Kriva Palanka in Südserbien richteten Wolkenbrüche großen Schaden an. Auch Menschenleben sind zu beklagen, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Das Unwetter hatte insbesondere in Kriva Palanka katastrophalen Charakter, da es nach Mitternacht ausbrach, während die Bewohner schliefen. 58 eingestürzte Häuser wurden samt Hausgerät von reißenden Fluten weggeschwemmt. Zahlreiches Vieh ist ertrunken.

Rückkehr der Verteidiger der Sozialrevolutionäre aus Rußland.

Frankfurt a. M., 22. Juni. Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Riga meldet, trafen dort am 21. Juni aus Moskau die Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre Vandervelde, Liebknecht u. Rosenfeld ein, die mit Zustimmung der Angeklagten die Verteidigung aufgegeben haben. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft der ganzen Welt fordern sie, da das Leben der angeklagten Sozialrevolutionäre gefährdet ist, die Arbeiterparteien aller Länder zum Protest gegen jede Todesstrafe auf und stellte fest: 1. oberstes Revolutionstribunal ignoriert die Berliner Zusicherungen, 2. die Vertreter der Sowjetregierung erklären die Berliner Abmachungen für bindend, 3. Bucharin als Vertreter der 3. Internationale behauptet, der Berliner Vertrag sei zerrissen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. Juni 1922.

Antony Stey-Truppe.

Auf dem Brühl gastiert z. Zt. die Antony's Stey-Truppe. Die von ihr angekündigten Leistungen übertreffen alle Erwartungen. Wir wünschen auch von uns aus der Truppe einen recht guten Besuch und denken, daß auch hier in Calw der alte Name Stey seinen Zauber ausübt. Gestern abend fand die Besteigung des hohen Seiles unter großem Feuerwerk statt. Näheres ist im Anzeigenteil und aus den Plakaten ersichtlich.

Das neue Wohnungsabgabegesetz.

Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Aenderung des Wohnungsabgabegesetzes zugegangen. Danach soll künftig die Abgabe für den Staat jährlich 4 Prozent des Kapitalwerts (Steueranschlags) des einzelnen Gebäudes betragen. Die Ministerien des Innern und der Finanzen sollen außerdem vom 1. Oktober ab die Abgaben auf 8 Proz. und vom 1. April 1923 ab bis auf 12 Proz. erhöhen können. Daneben werden die Gemeinden verpflichtet, Zuschläge von 1,5 Proz. bezw. 3 und 4,5 Proz. zu erheben. In der Begründung des Gesetzes wird gesagt: Solange die Mieten von Wohn- und anderen Räumen durch die Wohnungszwangswirtschaft niedergehalten sind, ist eine bedeutende Erhöhung der Wohnungsabgabe für die Mieter und Eigenbenützer erträglich, sofern genügend Rücksicht auf die weniger leistungsfähigen Kreise genommen wird. Dies ist in den Befreiungsbestimmungen geschehen. Die Erhöhung der Abgabe bedeutet eine Erhöhung der Jahresnutzungswerte um 90—100 Proz. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sich die zwingende Notwendigkeit einer der allgemeinen Preissteigerung ganz anders als bisher sich anschließenden Bemessung der Abgabe im Laufe dieses Sommers den Ländern und dem Reiche gebieterisch aufdrängen und zu weiterer Aenderung des Reichsgesetzes führen wird. Um die immer erneute Beschreitung des Gesetzgebungsweges in ganz kurzen Zeitabständen zu beseitigen, sieht der Entwurf eine Ermächtigung der Ministerien des Innern und der Finanzen vor, im Verordnungsweg die Abgabesätze zu steigern. Am 1. April 1923 würde das Dreifache der Jahresnutzungswerte erreicht werden. Nach dem Finanzprogramm für die staatliche Förderung des Wohnungsbaus im Baujahr 1922 wird die Wohnungsabgabe 176 Mill. M. erbringen, wovon rund 21½ Mill. M. an Ablieferungen für das Reich, Nachlässen und Verwaltungskosten abgehen. Von dem Reinertrag ist die Verzinsung der Anleihen für 1921 und 1922 zu decken, so daß 141,8 Mill. M. für die Förderung des Wohnungsbaus übrig bleiben. Für staatliche Baudarlehen im Jahr 1922 werden 196,8 Mill. M. verfügbar, im Falle der Erhöhung der Abgabe auf 1. Oktober sogar 284,80 Mill. M. Dadurch könnte bei Gewährung von 50—100 000 M. pro Baueinheit der Neubau von 3000—6000 Wohnungen unterstützt werden.

Das Pensionsergänzungsgesetz.

Der nun vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Pensionsergänzungsgesetzes schließt sich an die reichsrechtliche Regelung an. Er bringt die völlige Gleichstellung der aktiven Beamten und der Ruhestandsbeamten hinsichtlich der Gewährung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der Kinderzuschläge. Der Teuerungszuschlag zu den Ruhegehalten und Witwenpensionen wird nach den gleichen Grundsätzen berechnet wie der Teuerungszuschlag aus dem Diensteinkommen der aktiven Beamten. Er beträgt mindestens die Hälfte des Betrags, der dem Beamten nach seinem pensionsberechtigten Diensteinkommen (Grundgehalt und Ortszuschlag) in der zuletzt von ihm bekleideten Stelle zustehen würde. Den gleichen Mindestbetrag erhalten die Witwen als Teuerungszuschlag zu ihrer Witwenpension. Dies bedeutet eine Verbesserung. Die Bestimmungen des Gesetzes gelten vom 1. Oktober 1921 ab.

Hauptversammlung des Württ. Schwarzwaldvereins.

Am Samstag und Sonntag fand in Tuttlingen die Hauptversammlung des Württ. Schwarzwaldvereins statt, die zahlreich besucht war. Bei einem Begrüßungsabend sprach Oberlehrer Huber namens des Bezirksvereins, Oberbürgermeister Scherer für die Stadtgemeinde und Professor Dr. Endriss-Stuttgart, der Vorsitzende des Hauptvereins, Willkommworte. Am Sonntag vormittag wurde der Hornberg besichtigt, nachmittags fanden die geschäftlichen Verhandlungen statt. Nach dem Geschäftsbericht ist der Mitgliederstand in stetem Wachsen begriffen. Der Jahresbeitrag wurde auf 25 ℳ festgesetzt. Vorstand und Hauptausschuß wurden wiedergewählt. Die nächste Hauptversammlung soll im Herbst stattfinden. Ueber die Errichtung eines Gedächtnishauses für die Gefallenen des Vereins entspann sich eine lebhafte Aussprache, da gegen dessen Erstellung auf dem Schliffkopf Bedenken laut wurden. Eine außerordentliche Vertreterversammlung, die im Murgtal stattfinden wird, soll darüber endgültige Entscheidung treffen.

Mutmaßliches Wetter für Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck hat sich nach dem Norden verschoben und schwächt sich im Süden allmählich ab. Für Samstag und Sonntag ist warmes, gewittriges Wetter mit vereinzelten Niederschlägen zu erwarten.

*

(SCB.) Stuttgart, 21. Juni. Gestern nachmittag gegen 7 Uhr ereignete sich auf der Straße Stuttgart-Solitüde ein schwerer Kraftwagen-Unfall. Ein mit 6 Angehörigen der Kraftfahr-Abteilung Nr. 5 in Cannstatt besetzter Kraftwagen bog bei der Ueberholung eines Kraftfahrers zu stark aus und fuhr gegen einen Baum. Zwei Insassen erlitten schwere Schädelbrüche, zwei andere Arm- und Beinbrüche, die beiden übrigen blieben unverletzt. Zwei der Verletzten sind kurz nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Der Unfall ist auf übermäßig rasches, unvorsichtiges Fahren zurückzuführen.

(SCB) Lorch, 21. Juni. Am 18. Juni versammelten sich hier unter Vorsitz von Stadtschultheiß Scheufele 60 Vertreter der Gemeinden Alfdorf, Großdeinbach, Lorch, Plüderhausen, Waldhausen und Wäschenbeuren, um zur Frage der Aufteilung des Oberamts Welzheim Stellung zu nehmen. Hierbei ergab sich, daß die Gemeindevertretungen von Alfdorf, Lorch, Plüderhausen, Waldhausen und Wäschenbeuren geschlossen für die Aufteilung, d. h. für den Anschluß an Gmünd sind. Die Vertretung von Großdeinbach verhielt sich abwartend, da dort die Stimmung geteilt ist und man die Loslösung der Teilgemeinden Radelstetten, Lenglingen und Pfersbach von der Gesamtgemeinde befürchtet.

Landtag.

Verabschiedung des Beamtenbesoldungsgesetzes. — Brennholzversorgung. — Beirat zum Wohnungswesen.

(SCB) Stuttgart, 21. Juni. Am Mittwoch verabschiedete der Landtag das Beamtenbesoldungsgesetz in zweiter und dritter Lesung, das eine Angleichung der Besoldungsverhältnisse der württ. Beamten an die Reichsregelung bringt. Alle Parteien stimmten der Vorlage zu. Ein Antrag der Kommunisten, die Kinderzulagen nur in den Gruppen I—IX zu gewähren, wurde abgelehnt. Eine große Anzahl von Eingaben wurde auf Grund der Ausschußanträge ohne jede Aussprache erledigt. Zu längerer Debatte kam es bei den Anträgen des Finanzausschusses zur Brennholzversorgung, in denen die Anordnung außerordentlicher Brennholzeinschläge für den Hausbrand, die Heranziehung des Privat- und Gemeindewaldbesitzes gefordert und die Aufstellung von Plänen zur Versorgung des Handwerks mit Nutzholz, Vorkehrungen in der Brennholzversorgung für das nächste Versorgungsjahr und eine bessere Kohlenversorgung Württembergs gewünscht werden. Die Anträge wurden angenommen, nachdem ein Antrag Kinkel (USP) auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Holz abgelehnt war und Redner aller Parteien sich dazu geäußert hatten. Um die Errichtung eines Beirats für das Wohnungswesen beim Ministerium des Innern wurde lebhaft debattiert, schließlich aber der Ausschußantrag mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der D.V. angenommen, der die Beiziehung von Sachverständigen aus allen interessierten Wirtschaftsgruppen vorsieht. Die weitergehenden Anträge Scheef (DDP) und Pflüger (Soz.), die einen ausgebauten Landesbeirat forderten, wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Schluß 1 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 8 Uhr vorm. Körperschaftsgesetz, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz, Zuckeranfrage.

Nachtragsgesetz.

(SCB.) Stuttgart, 21. Juni. Dem Landtag ist ein 15. Nachtrag zum Staatshaltplan für 1921 zugegangen, in dem bei der Verwaltung des Ministeriums des Innern für die Staatliche Ordnungspolizei (Schutzpolizei) 5 726 670 M. angefordert werden. Der Aufbau der Schutzpolizei ist noch in der Entwicklung, auch haben die Forderungen des Feindbundes Aenderungen sowohl in der Gliederung als auch auf dem Gebiet des Verpflegungs- und Bekleidungswesens, sowie hinsichtlich der Unterbringung notwendig gemacht, wodurch Mehraufwendungen entstanden. Die Verhandlungen über die endgültige Beitragsleistung des Reiches sind noch im Gang. Am Gesamtaufwand für die Schutzpolizei im Jahr 1921 mit 82 Mill. Mark soll das Reich 65,6 Mill. M. tragen, der Rest von 16,3 Mill. das Land. Das sind 5,7 Mill. M. mehr als ursprünglich vorgesehen war.

Das neue Polizeibeamtengesetz.

(SCB.) Stuttgart, 22. Juni. Dem Landtag liegt der Entwurf eines Gesetzes über die staatlichen Polizeibeamten vor, der die Unterstellung dieser Beamten unter das württ. Beamtengesetz vorsieht und zugleich das Polizeibeamtenrecht den Bestimmungen der Reichsverfassung anpaßt. Die Angehörigen der kasernierten staatlichen Ordnungspolizei, künftig Schutzpolizei genannt, fallen nicht unter das Gesetz, sie bilden aber den Ersatz für die Polizeibeamten. Die Anstellungsgrundsätze für die Inhaber eines Versorgungsscheins bestimmen, daß die Stellen im Polizeidienst und bei den Landjägern vorzugsweise mit den aus der Schutzpolizei hervorgegangenen Anwärtern zu besetzen sind. Nach dem in Vorbereitung befindlichen Reichsrahmengesetz betr. die Versorgung der Schutzpolizei der Länder soll der Uebertritt aus dieser frühestens nach 6 Dienstjahren erfolgen dürfen. Die Eignung wird durch das Erstehen einer Prüfung nachzuweisen sein. Unter das Polizeibeamtengesetz fallen die bereits im staatlichen Polizeidienst planmäßig angestellten Beamten, die Angehörigen des Landjägerkorps und die Gemeindepolizeibeamten, die in den staatlichen Polizeidienst übernommen werden. Das Gesetz bringt eine rechtliche Sicherstellung all dieser Beamten, regelt die Disziplinarstrafen und das Disziplinarverfahren im Anschluß an die Bestimmungen der Reichsverfassung. Dabei wird auch ein Disziplinarhof eingesetzt, der aus drei Richtern und vier Beamten des staatlichen Polizeidienstes als Beisitzer besetzt wird. In einem weiteren Abschnitt werden die notwendigen Aenderungen des Beamtengesetzes und die Uebergangsbestimmungen geregelt. Den Landjägern wird ihre bisherige Dienstzeit im Sinne des Beamtengesetzes angerechnet.

Dem Präsidium des Landtags geht dieser Tage der Entwurf eines Polizeibeamtengesetzes zu, der die rechtliche Stellung der Polizeibeamten regeln will. Unter das Gesetz sollen die im staatlichen Polizeidienst planmäßig angestellten Beamten, die Angehörigen des Landjägerkorps und die Gemeindepolizeibeamten fallen, die in den staatlichen Polizeidienst übernommen werden. Die Angehörigen der kasernierten staatlichen Ortspolizei, künftig Schutzpolizei genannt, werden dem Gesetz nicht unterstellt, sie bilden aber den Ersatz für die Polizeibeamten. Auf die Polizeibeamten soll, von einigen Ausnahmen abgesehen, das Beamtengesetz Anwendung finden. Den Besonderheiten des Polizeidienstes sollen insbesondere die Bestimmungen über die Disziplinarstrafen und das Disziplinarverfahren angepaßt werden. Es wird die Bildung eines eigenen Disziplinarhofs mit 7 Mitgliedern vorgeschlagen, der aus Richtern, Verwaltungs- und Polizeibeamten zusammengesetzt sein soll.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt gestern 328 Mk., der Schweizer Franken 62,42 M.

Börsenbericht.

(SCB.) Stuttgart, 21. Juni. Trotzdem die Devisenkurse wieder anzogen, war der Effektenmarkt ziemlich unverändert, die Kursbildung uneinheitlich. Die Umsätze gestalteten sich zum Teil etwas lebhafter. Bankwerte uneinheitlich, Brauereiwerte unverändert, Textilwerte zur Abschwächung neigend, Maschinen- und Metallwerte etwas nachgebend. Im einzelnen notierten: Bankanstalt 210, Hypothekenbank 158, Notenbank 568, Vereinsbank 230, Kolb u. Schüle 1800, Baumwolle Eßlingen 1250, Kuchen 1440, Kattun 2650, Laimler 406, Köln-Rottweiler 700, Lauph. Werkz. 890, Eßlinger Maschinen 701, Hesser 799, Weingarten 740, Neckarsulmer 595, Metallwaren 1300, Otto Krumm 345, Junghans 400, Stuttg. Zucker 810, Ziegel Ludwigsb. 585. Im Freiverkehr setzten sich die Kursabschläge in geringerem Maßstab fort. Fichtelgold blieb bei 25 Proz. höherem Kurs gesucht.

Märkte.

(SCB) Balingen, 21. Juni. Zugeführt wurden 6 Farren, sämtliche blieben unverkauft, 6 Ochsen und Stierle (Preis ¼—½jährig 5000—6400 M., ¾—1½jährig 7500—14 000 M., Zugstiere 15 000—19 000 M.); 55 Stück Kühe (Preis 13 000—42 000 Mark); 50 Kalbinnen (15 000—38 000 M.); 158 Stück Jungvieh (¼—½jährig 6500—9100 M., ¾—1½jährig 10 000—15 000 M.) — Auf dem Schweinemarkt waren 102 Milchschweine zugeführt, die alle verkauft wurden. Preis für ein Milchschwein 1250 bis 2450 M. Handel lebhaft.

(SCB.) Spaichingen, 22. Juni. (Honigpreise.) Hier wurde der Preis für Honig auf 50 ℳ pro Pfund festgesetzt.

(SCB.) Obersontheim OA. Hall, 22. Juni. Zufuhr 119 Stück Milchschweine. Alles verkauft zum Paarpreis von 2800—4300 ℳ.

(SCB.) Ellwangen, 21. Juni. Zufuhr: 4 Farren, 41 Ochsen, 112 Stiere, 255 Kühe und Kalbeln, 131 Stück Jungvieh. Lebhaftes Geschäft bei steigenden Preisen. 1 Paar Ochsen mit 25 Ztr. 76 000 ℳ, 1 Paar Stiere mit 16 Ztr. 44 800 ℳ, 1 Kalbel mit 9,4 Ztr. 28 000 ℳ. Mit der Bahn gingen ab 24 Wagen mit 231 Stück.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst.

2. Sonntag nach Trin., 25. Juni 1922. Vom Turm: Nr. 431.

8 Uhr Frühpredigt: Stadtpfarrverweser Josenhans. 9½ Uhr Hauptgottesdienst: Predigtlied Nr. 417 Lasset uns mit Jesu ziehen, Stadtpfarrverweser Josenhans. 10¾ Uhr Sonntagsschule. 1 Uhr Christenlehre, Töchter jüngere Abteilung, ausnahmsweise im Vereinshaus. Freitag Peter und Paul, 29. Juni 1922, 8 Uhr Predigt im Vereinshaus: Stadtpfarrverweser Josenhans.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 25. Juni: 8 Uhr, Frühmesse. ½10 Uhr, Predigt und Amt. 2 Uhr, Andacht. Montag: 8 Uhr, Gottesdienst in Bad Liebenzell. Mittwoch: ½9 Uhr, Gottesdienst in Bad Teinach. Donnerstag, Fest Peter und Paul: 8 Uhr, Frühmesse. ½10 Uhr, Predigt und Hochamt.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 25. Juni, vorm. ½10 Uhr, Predigt, Flößer. 11 Uhr, Sonntagsschule. Abends 8 Uhr, Predigt, Vögele. Mittwoch, 8¼ Uhr, Bibelstunde, Flößer. Stammheim: vorm. ½10 Uhr, Predigt, Vögele. Nachm. ½2 Uhr Predigt, Flößer. Mittwoch, 8½ Uhr, Bibelstunde, Vögele.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

68)

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes van Dewall.

Kein Menschenherz ist so verstockt, daß es nicht Stunden der Reue hätte, wo die bessere Einsicht, die edleren Regungen über den Teufel in unserer Natur die Oberhand gewinnen. Diese bitteren Stunden blieben auch Hoheit nicht erspart. Sie empfand bisweilen, wie unedel sie gehandelt hatte, sie sah ihr Bild im Spiegel, wie es wirklich war, und erschrak dann vor sich selbst.

Gerade durch ihr feindliches und heimtückisches Auftreten gegen ihre Nichte erfuhr sie erst, wie beliebt Jene eigentlich bei allen Leuten war und wie sehr man ihr selbst ihre Handlungsweise verdachte. Alle Diejenigen, welche nicht von ihr abhängig waren, zeigten ihr kühle Gesichter, der König hatte sie getadelt, die Königin behandelte sie mit auffallender Kälte, und selbst im Publikum wurde über sie gesprochen in einer Weise, die durchaus nicht schmeichelhaft für sie war. In den „Neuesten Nachrichten" hatte eine abscheuliche Erzählung gestanden, „Die Bagatelle" betitelt. Dieselbe war mit scharfer Feder und entschieden von Jemand geschrieben worden, der den Hofkreisen sehr nahe stand, und ihr feindlich gesinnt war. Sie war darin als eine Art von alter Hexe geschildert, welche schädliche Zaubertränke braut und allen Menschen Böses will. Ihr Porträt war mit Händen zu greifen und sie selbst eine ganze Weile lang krank vor Aerger nach dem Erscheinen dieser Satire.

Dazu kam noch, daß die Nachrichten über Prinzeß Aurelie von Woche zu Woche günstiger lauteten, daß also ihre Rache jener mehr zum Segen als zum Fluche zu gereichen schien, und endlich, daß ihr eigenes Geschöpf sich gegen sie selbst kehrte.

Das junge Ehepaar, auf dessen Erkenntlichkeit sie natürlicherweise am meisten gerechnet hatte, benahm sich in hohem Grade undankbar, nach ihrer Auffassung. Ganz besonders tat dies die junge Frau, deren Betragen gegen sie geradezu verletzend war und die eine Unabhängigkeit ihr gegenüber behauptete, welche die alte Dame laut für formlos erklärte. Ihre Abendgesellschaften wären ihr ein Greuel, hatte Frau von Wahlendorf gesagt, und sie bewies dies zur Genüge, indem sie beinahe jedesmal eine Ausrede fand, um sich denselben zu entziehen.

Wahlendorf selbst war zwar in seinem Benehmen unverändert geblieben und tat seinen Dienst mit dem nämlichen Eifer wie früher, aber einmal grollte sie ihm, daß er seine junge Frau so wenig zu leiten verstand, und sodann hatte sie ein böses Gewissen ihm gegenüber. Sie hatte die versprochene Amtserhöhung ihm gegenüber nicht erwirken können, auch von dem Bau jener versprochenen Villa war seit einiger Zeit nicht mehr die Rede. Der Architekt suchte noch immer, — anscheinend vergeblich.

So standen die Sachen bei Hofe.

In den weiten Räumen des neuen Palais war es über alle Begriffe einsam. Mit der Oelsnitz, dem alten Girschner und einigen Bedienten und Frauen zusammen hauste Prinzeß Friederike dort ganz allein in grämlicher Stimmung und spann ihre Ränke, welche niemandem etwas schadeten.

Was das junge Paar anbetraf, so schwamm dasselbe mitten in den goldenen Wogen der Flitterwochen. Ihr prächtiges Haus war der Mittelpunkt der geselligen Freuden, man lebte in Pracht und Ueppigkeit einen Tag wie den andern. Die Millionen des Schwiegervaters hatten dort einen Abzugskanal gefunden, der breit genug floß und alle Welt anlockte.

Im Grunde war es aber doch ein eigentümliche Ehe, welche Hoheit dort zustande gebracht hatte. Zwei so heterogene Naturen, wie die des Kammerherrn und der Sennora, sind schwer unter einen Hut und in Harmonie zu bringen. Die junge Dame war schön, leichtlebig und indolent, der Gatte bis zur Blindheit verliebt in jene, und so stimmten sie wenigstens in einem Punkte überein, in dem nämlich, sich das Leben so angenehm wie nur möglich zu machen. Sonst aber blieb daselbst sehr vieles auszugleichen. Die Sennora hatte nicht aus Liebe geheiratet, sie hatte die Ehe angenommen wie etwas, was sich in gewissen Jahren von selbst versteht. Sentimentalität lag durchaus nicht in ihrem Charakter. Der Eindruck, welchen Wahlendorf zuerst auf sie gemacht hatte, war ein vorteilhafter gewesen, dann fing er an sie ein wenig zu langweilen, weil die Liebe ihn, wie viele andere Menschen, linkisch erscheinen ließ und weil er sie bisweilen genierte. Jetzt, wo er ihr Gatte war, begann die junge Frau sich ernstlich in ihn zu verlieben.

Wahlendorf war ein schöner Mann mit den besten Manieren, der im intimen Zusammenleben tausend ungeahnte Reize entfaltete. Ihr Auge ruhte mit Wohlgefallen auf seiner schönen, kräftigen Gestalt, sie ertappte sich sogar dabei, wie sie aufrecht im Bette saß und nicht müde wurde, sein männliches Antlitz im Schlummer zu beschauen, diese schön geschnittenen, edlen Züge, leicht gerötet vom Schlaf und überschattet von den wirren, dunklen Haarlocken.

Sie beobachtete die tiefen, gleichmäßigen Atemzüge ihres Gatten und neigte neugierig ihr Haupt, um seinen Herzschlag zu belauschen. Wahlendorf war auch zärtlich und erfinderisch, ein unversiegbarer Born der Liebe schien in ihm zu schlummern, er trug seine Frau auf Händen, sah ihr alle Wünsche an den Augen ab und verschaffte ihr jede Zerstreuung.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stadtschultheißenamt Calw.

Das Sammeln v. Lindenblüten

auf städtischen Bäumen ist gestattet. Ein Verbot besteht nur für die Bäume des Stadtgartens.

Die Blüten dürfen jedoch nur unter Benützung von Bockleitern gesammelt werden; auch dürfen Kinder nur unter Aufsicht Erwachsener zum Blütensammeln verwendet werden. Jede Beschädigung der Bäume wird bestraft.

Calw, den 22. Juni 1922.

Stadtschultheiß: Göhner.

Pflegestellen gesucht!

Zur Unterbringung von Kindern im Alter bis zu 3 Jahren suchen wir ständig gute Pflegestellen in evangelischen und katholischen Familien auf dem Lande gegen zeitgemäßes Pflegegeld. Mündliche oder schriftliche Bewerbungen wollen alsbald bei uns eingereicht werden.

Pforzheim, den 16. Juni 1922.

Städt. Jugendamt.

Biochem. Naturheilmethode.

Vortrag!

Samstag, 24. Juni, 8¼ Uhr abends, wird im Restaurant Schlanderer (Nebenzimmer) Herr Apotheker Saur aus Stuttgart, (Fachmann der Biochemie) in leichtverständlicher, aufklärender Weise sprechen über:

„Das Wesen der Biochemie!"

Eintritt frei! Eintritt frei!

Hiezu ist jedermann freundlichst eingeladen

Frau A. Deuschle.

Hirsau, den 22. Juni 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Todes meiner lieben Frau

Karoline Schulmeister

den reichen Trost des Herrn Pfarrer Baßler, für den letzten Liebesdienst der Herren Ehrenträger, für die vielen Kranzspenden und die zahlreiche Begleitung sage ich auf diesem Wege meinen innigsten Dank.

In tiefem Schmerz:

Ludwig Schulmeister, Förster a. D., nebst Angehörigen.

Günstiges Angebot für die Sommerzeit

Joppen in gelb, grün und grau, 500.–, 480.–, 385.–, 350.–, 260.–, 220.–, 210.-

Lüstre-Sakko Mk. 650.- u. 600.-

Tennis-Sakko in grau Wolle Mk. 900.-

Sport-Anzüge in prima schwarz-weiß gestreifter Qualität Mk. 890.-

Sport-Anzüge in feldgrauer Waschqualität Mk. 880.-

Weiß. lange Umschlaghosen Mk. 390-

Tennishosen in crême und gestreift, reine Wolle Mk. 1050.-

✽

Herm. Huber, Pforzheim
Kaufhaus Schloßberg.

Jüngeres Fräulein

für leichte Büroarbeiten zum sofortigen Eintritt gesucht. Stenographie und Maschinenschreiben Bedingung.

Metallwarenfabrik Nagold G.m.b.H.

Die Spar- und Vorschussbank Calw

nimmt von jedermann u. in jeder Höhe

Spargelder

zu 4% verzinslich entgegen.

Kein Kursverlust. Die Kapitalertragsteuer wird nicht aus dem Kapital, sondern nur aus dem Zins erhoben.

Feuerio

Doppelfettseife

80% Fett

daher größte Ausgiebigkeit, das Beste für die Wäsche.

VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Limburger-Stangenkäse per Pfd. Mk. 39.50, bei Kisten billiger

Mohn-Salatöl, Leinöl, Garbenbänder, Einkochgläser

empfiehlt billigst

C. Straile, Althengstett.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

einige

Börsenmacherinnen.

Auch werden

Taschen zum Finieren **als Heimarbeit** gegeben.

Metallwarenfabrik Nagold G.m.b.H.

Ab Montag, den 26. ds. Mts. von vormittags 7 Uhr an steht in Calw, Gasthaus z. „Löwen"

ein sehr großer Transport

erstklassiger, starker, junger Milch-Kühe,

trächtiger Kühe, (Schaffkühe), Kälberkühe, große Auswahl schwerer hochträchtiger Kalbinnen, sowie große Auswahl schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einladen

Rubin, Salomon u. M. Löwengart.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

D. V. m. Fr.

Montag, den 26. Juni 1922 nachmittags 4 Uhr in Wildberg

Spengler: Untergang des Abendlandes.

Gefunden

wurde ein

künstl. Zahn.

Abzuholen bei Briefträger Fischer, Hirsau.

Allgäuer,

Tafelbutter,

Allgäuer

Frühstückskäse,

(Alpenrose)

Limburger

Stangenkäse

stets frisch empfiehlt

Röhm-Dalcolmo

Fernsprecher 79.

Teigwaren

stets frisch in bekannt guter Qualität empfiehlt

Hermann Schnürle

Bäckerei und Teigwarengeschäft.

Ordentliches

Mädchen

für nachmittags zum Bedienen der Gäste gesucht.

Conditorei u. Café Essig Bad Liebenzell.

Einfach möbliertes

Zimmer

sofort zu mieten gesucht.

Angeb. unter H. G. 143 an die Geschäftsst. ds. Blattes.

---

1 Kalbin,

39 Wochen trächtig, 1 ältere

Milch-Kuh,

1 schwere

Nutz- und Schaff-Kuh

verkauft.

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Calw • Brühl • Calw

Jeden Abend Abwechslung im Programm

bei

Antonys Stey-Truppe

Paul Rappold, Schlosser, wird heute abend **über das hohe Seil getragen,** und wird auf dem Rückweg **auf dem Seil laufen.**

Kirchengesangverein Calw.

Kirchen-Konzert

am Sonntag, 25. Juni 1922 nachm. 5 Uhr in der hiesigen Stadtkirche

unter Mitwirkung von Frau Fanny Schiler-Gundert (Violine) Herrn Oberlehrer K. Pfrommer (Orgel) hier und des durch Pforzheimer u. Stuttgarter Musikfreunde verstärkten Vereinsorchesters (Streichorchester, je 2 Flöten, Oboen, Klarinetten, Fagotte, Hörner, Trompeten, Pauken.

Leitung: Hauptlehrer Fr. Aichele.

Werke von L. van Beethoven:

Die 2. Symphonie, Coriolanouvertüre, F dur Romanze, Die Himmel rühmen u. a.

Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung Kirchherr zu 7, 9 und 12 Mark einschl. Steuer. Mitglieder erhalten auf 1. und 2. Platz 1 Mk. Preisermäßigung. Eintritt durch die Orgeltüren nur für Mitwirkende.

Freie Zimmerer-Innung Calw

Am Sonntag, den 25. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr findet in der Restauration Weiß, hier, eine

Versammlung

statt.

Tagesordnung:

Besprechung einiger Anfragen der Handwerkskammer Reutlingen.

Verschiedenes.

Der Obermeister.

Bad Liebenzell.

Stadtgarten-Konzert

am Sonntag, 25. Juni nachm. 4 Uhr ausgeführt von der

Feuerwehr-Kapelle Pforzheim.

Einlasskarten 4 Mark

Schulpflichtige Kinder die Hälfte.

Städt. Kurverwaltung.

Würzbach.

Einladung zur Banner-Weihe.

Der Radfahrerverein „Edelweiß" hält am Sonntag, 25. Juni seine

Banner-Weihe

ab verbunden mit

Preiskorso, Reigen-, Haupt- und Neulingsfahren.

Freunde und Gönner, sowie Sportskollegen werden herzlich eingeladen.

Beginn des Festzugs ½2 Uhr.

Der Festausschuß.

Das Fest findet bei jeder Witterung statt.

Würzbach.

Ein 11 Monate altes

Zucht-Rind

verkauft

Rentschler, Schreiner.

Suche zu sofortigem Eintritt

2 tüchtige

Schreiner

Kost und Wohnung ist vorh.

Wilh. Berner, Sägewerk u. Möbelfabr., Rutesheim